



DER STADTBOTE

AMTSBLATT DER STADT WUPPERTAL

Nr. 50/2020
20. Oktober 2020

Inhaltsverzeichnis

Seite

- Allgemeinverfügung gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen, Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10.02.2020, BGBl. I S. 148 in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein – Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) und § 15a Abs. 3 der CoronaSchVO NRW jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung 2

Alle öffentlichen Bekanntmachungen finden sie kostenlos im Internet unter:
www.wuppertal.de/bekanntmachungen.

20.10.2020

Allgemeinverfügung

gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen, Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10.02.2020, BGBl. I S. 148 in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein – Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) und § 15 a Abs. 3 der CoronaSchVO NRW jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung

Die Allgemeinverfügung gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen, Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10.02.2020, BGBl. I S. 148 in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein – Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung vom 20.10.2020, veröffentlicht im Amtsblatt 49/2020, wird für die Zukunft aufgehoben.

I.

1. Private Feste nach § 13 Abs. 5 CoronaSchVO mit vornehmlich geselligem Charakter aus herausragendem Anlass dürfen ohne Anzeigepflicht innerhalb des privaten Raums mit maximal 10 Teilnehmenden stattfinden. Eine Teilnehmerliste ist zu führen. Herausragende Anlässe sind z.B. Jubiläen (25., 50., 60., 70., 75. usw.), Hochzeiten, Taufen, Konfirmationen oder besondere Geburtstage (18., 20., 25., 30., 40., 50. usw.). Feiern mit mehr als 10 Teilnehmenden sind unzulässig. Dies gilt auch für den öffentlichen Raum.
2. Standesamtliche Trauungen sind mit bis zu 25 Personen zulässig. Zusammenkünfte unmittelbar vor dem Ort der Trauung sind bis zu einer Zahl von 10 Personen zulässig. Für Beerdigungen gilt eine maximale Teilnehmerzahl von 50 Personen; eine Genehmigungs- oder Anzeigepflicht besteht nicht.
3. Vermieter gewerblicher Räumlichkeiten, die diese für Feste nach Ziffer 1 und für sonstige Veranstaltungen zur Verfügung stellen, sind verpflichtet, dieses 3 Werktage vor dem Fest anzuzeigen.
4. Die Gruppengröße für Zusammenkünfte mehrerer Personen im öffentlichen Raum gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 5 CoronaSchVO wird auf 5 Personen begrenzt. Diese Beschränkung gilt

auch für Restaurants und Gastronomie, Geschäfte, Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

5. Das Betreten von Sport- oder Wettbewerbsanlagen gem. § 9 Abs. 6 und 6a CoronaSchVO durch gleichzeitig bis zu 100 Zuschauer, jedoch maximal 20% der regulären Zuschauerkapazität, ist zulässig, sofern geeignete Vorkehrungen zur Hygiene, zum Infektionsschutz und zur Steuerung des Zutritts sichergestellt sind. Wenn gem. § 15a Abs. 4 Nr. 1 CoronaSchVO der zuständigen unteren Gesundheitsbehörde ein Hygiene- und Infektionsschutzkonzept nach § 2b CoronaSchVO vorgelegt wurde, können nach dessen Genehmigung bis zu 150 Zuschauer teilnehmen.
6. Kulturveranstaltungen, Konzerte und Aufführungen gem. § 8 CoronaSchVO sind bis maximal 100 Zuschauer, jedoch maximal 20% der regulären Zuschauerkapazität, zulässig. Wenn gem. § 15a Abs. 4 Nr. 1 CoronaSchVO der zuständigen unteren Gesundheitsbehörde ein Hygiene- und Infektionsschutzkonzept nach § 2b CoronaSchVO vorgelegt wurde, können nach dessen Genehmigung bis zu 150 Zuschauer teilnehmen. Es besteht die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auch am Sitzplatz.
7. Für Veranstaltungen nach § 13 Abs. 1 CoronaSchVO gilt eine Obergrenze von 100 Teilnehmern.
8. Bei Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz gem. § 13 Abs. 3 CoronaSchVO ist während der gesamten Versammlung eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen sowie eine Teilnehmerliste zu führen. Ein Hygienekonzept ist von der anmeldenden Person vorzulegen.
9. Es besteht die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung auch am Sitz- oder Stehplatz in geschlossenen Räumlichkeiten bei Konzerten und Aufführungen, in geschlossenen Räumlichkeiten von sonstigen Veranstaltungen und Versammlungen nach § 13 Absatz 1 und 2 CoronaSchVO und als Zuschauer von Sportveranstaltungen.
10. Der Betrieb von Indoor-Freizeitanlagen gem. § 10 Abs. 2 CoronaSchVO ist mit max. 20% der regulären Besucherkapazität auf Basis bereits bestehender Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte zulässig. Das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung für Besucher ist verpflichtend.
11. In den Hochschulen, Schulen des Gesundheitswesens, außerschulischen Bildungsangeboten im öffentlichen Dienst und Bibliotheken ist das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung auch in den Lehrveranstaltungen und Prüfungen verpflichtend.

12. An allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen sowie den außerschulischen Bildungseinrichtungen nach § 7 der CoronaSchVO gilt im Schulgebäude und auf dem Schulgelände für alle Schüler sowie für alle weiteren Personen eine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Sie gilt grundsätzlich auch für den Unterrichtsbetrieb auf den festen Sitzplätzen in den Unterrichts- und Kursräumen.
13. An den Grundschulen gilt, außer im Unterrichtsraum auf den Sitzplätzen, die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung.
14. Während des Aufenthalts in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen (mit Ausnahme des Erziehungs- und Betreuungspersonals) ist von Erwachsenen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen.
15. Die Durchführung von Martinsumzügen ist nicht gestattet.
16. Weihnachtsmärkte und alle sonstigen Märkte außer jene, die der Daseinsvorsorge dienen, und vorübergehende Freizeitparks dürfen nur im Freien und auf umschlossenen Flächen und bei Erfüllung der nachfolgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:
 - Sicherstellung der einfachen Rückverfolgbarkeit gem. § 2a CoronaSchVO
 - Zugangskontrolle (möglichst Online-Ticketsystem)
 - Die Zahl der gleichzeitig anwesenden Besucher darf 1 Person pro 14 qm Nettoveranstaltungsfläche nicht überschreiten
 - In umschlossenen Räumen (z.B. Zelte, Buden) muss die Möglichkeit zum Querlüften vorhanden sein
 - Stehtische sind nur im Freien gestattet und mit maximal 5 Personen zu besetzen
 - Die Anlage 1 „Hygiene- und Infektionsschutzstandards“ zur CoronaSchVO NRW, Kap. XVI. Weihnachtsmärkte gilt analog
 -
17. In den Fußgängerzonen der Innenstädte Barmen und Elberfeld sowie auf der Straße „Wall“ besteht innerhalb des mit Verkehrszeichen 242 StVO (Fußgängerzone) gekennzeichneten Bereichs die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung.

Es wird empfohlen im öffentlichen Raum grundsätzlich eine geeignete Mund-Nase-Bedeckung zu tragen.

Verstöße gegen die Auflagen dieser Verfügung können gem. § 18 Abs. 3 CoronaSchVO i.V.m. § 73 Absatz 1a Nummer 6 und §§ 32, 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes mit einem Bußgeld von bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

Auf die sofortige Vollziehbarkeit nach § 28 Absatz 3 i.V. m. § 16 Absatz 8 IfSG wird hingewiesen.

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 02.11.2020.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung können Sie Klage erheben:

Wie?	<p>Schriftlich oder mündlich zur Niederschrift. Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).</p> <p>Zur Niederschrift bedeutet, dass Sie beim Verwaltungsgericht persönlich erscheinen und erklären, dass Sie Klage erheben möchten. Der Urkundsbeamte oder die Urkundsbeamtin verfasst dann die Niederschrift nach Ihren Angaben.</p>	
	Die Klage muss enthalten: Name der Person, die Klage erhebt Name der Behörde, die den Bescheid erlassen hat (Stadt Wuppertal) Angaben zur behördlichen Entscheidung, gegen die Klage eingereicht wird	Die Klage soll enthalten: den Bescheid, gegen den Sie Klage erheben (Original oder Kopie) Angaben zum Ziel der Klage Tatsachen und Beweismittel, auf die Sie Ihre Klage stützen

Wann?	Innerhalb eines Monats, nachdem Ihnen das Schreiben bekannt gegeben wurde. Beachten Sie, dass Ihre Klage innerhalb der Monatsfrist bei Gericht angekommen sein muss.
Wo?	Beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstr. 39, 40213 Düsseldorf

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Sie können auch eine andere Person bevollmächtigen, für Sie Klage zu erheben. Aber auch diese Person muss die Klage innerhalb eines Monats einlegen. Wird diese Frist nicht eingehalten, geht dies zu Ihren Lasten.

Hinweis:

Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hat gem. § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG keine aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass die Allgemeinverfügung auch dann befolgt werden muss, wenn sie mit einer Klage angegriffen wird.

Diese Allgemeinverfügung kann gem. § 41 Abs. 4 Satz 2 VwVfG NW im Rathaus Barmen, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal während der Bürozeiten inklusive ihrer Begründung eingesehen werden.

i. V.

gez.

Slawig

Herausgeber

Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Redaktion, Vertrieb und Abonnementsbestellung

Rechtsamt
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon 0202 563 6450
E-Mail bekanntmachungen@stadt.wuppertal.de

Internet und Newsletter-Bestellung

www.wuppertal.de/bekanntmachungen

Der Stadtbote – Amtsblatt der Stadt Wuppertal – erscheint bei Bedarf - in der Regel alle 2 Wochen. Einzelexemplare sind zum Preis von 2,00 EURO erhältlich im

Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Jahresbezugspreis: 100,00 EURO